

Spendenpreis: Durch unsere Daten frei ins Haus monatlich 3,70 Mf. Bei der Gefäßreinigung abgeholt monatlich 3,40 Mf. Bei der 1. Gefäßreinigung und 1. abgeholt ebenfalls über 3,10 Mf., monatlich 3,70 Mf. Durch den Briefträger frei ins Haus elektrisch über 3,40 Mf., monatlich 3,40 Mf. Erhältlich täglich in den Fachmüllhandlungen mit Ausnahme von Sonntagen und Feiertagen. Unsere Zeitungsanmelder und Ausgabestellen, sowie alle Buchhandlungen und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

[illegible]

Montag, den 9. Februar 1920

15. Jahrgang

Die Stimmung der öffentlichen Meinung in den Neutralstaaten ist dem Auslieferungsverlangen nicht günstig.

Das Sinken des Sterlingkurses erregt in England Bestürzung.

In den Kantonen Basel und Zürich ist die Vorlage auf Einführung des Frauenstimmrechts in der Volksabstimmung verworfen worden.

Der Dichter Richard Dehmel ist gestern vormittag in Blankensee im Alter von 57 Jahren gestorben.

U. W. Wir haben einen Sommer, und einen Winter voll häufigsten Parteigekänkels erlebt. Viele große Fragen sind herabgewürdigt worden durch den oft verberlichen Streit der Parteien. Sie sind verkleinert worden durch feilsche Parteikämpfe. Man sieht Überlebensgroß vor unserem Volk das brohende Gefährte: die Auslieferung. Dieser furchtbare Angriff auf unsere Ehre, auf unser nationales Dasein, kann nur abgewehrt werden, wenn wir jetzt alle einmütig entschlossen sind, ihn abzuwehren. Einmütig entschlossen, so hat sich die Stimmung des Reichslabineits gekennzeichniet, so muß sich auch die Stimmung des ganzen Volkes offenbaren. Es sind Anregungen laut geworden, als ob man ein Volkreferendum veranstalten sollte, um die Meinung des Volkes festzustellen. Bedarf es solcher Abstimmung überhaupt noch? Müßte nicht jeder in sich die Schmach und Schande brennen? Es gilt die Einheitsfront zu schaffen. Das mag vielleicht zu manchen Reiten ein Schlagwort gewesen sein, das abgebraucht war. Einheitsfront und Bürgerfrieden sind billige Münze geworden, die zuviel und in falschen Tönen angepfloßen worden sind. Jetzt muß das Wort von der Einheitsfront wieder einen neuen Klang und einen neuen Sinn erhalten. Was sind die schwersten Sinaqstellen und wirtschaftlichen Bestimmungen gegen diese eine Forderung der Auslieferung? Es gibt in Deutschland nur eine Meinung, es kann nur eine Meinung geben, und wenn unabhängige Wortführer heute eine Sondermeinung konstruieren wollen, wenn sie heute immer noch von der Schuid her alten und neuen Regierung sprechen, so werden sie erleben, daß die Volksteile, die ihnen bis dahin gefolgt sind, ihnen nunmehr die Gefolgschaft verjagen werden. Die unabhängigen Führer werden es sich daher dreimal zu überlegen haben, ob sie auch in dieser Frage Opposition um der Opposition willen treiben wollen. Hier gibt es keine Diskussion. Hier gilt keine Majorität und Minorität, hier gibt es nur ein glattes Nein. Alle diejenigen, die einen Grundfag dazn setzen, einen anderen Weg als die Menge zu gehen, werden gleichfalls an der Überzeugung kommen müssen, daß ihre Sonderauffassungen und Eigenbrödel die Auslieferungsfrage die allerungeeignestte ist. Die Reichsparteien und ihre Presse werden sich auf den gleichen Standpunkt zu stellen haben. Es handelt sich um das Schicksal der Ausgultelenden. Es handelt sich um unser Schicksal als Volk und Staat. Dieses Schicksal zu ertragen oder es abzuwenden, bemaß das deutsche Volk nur, wenn es treu, landheft und einmütig zusammenhält.

D. N. B. Unsere Feinde haben uns mit der Aufstellung der Namensliste der Auszuliefernden eine Rechnung präsentiert, deren Ergebnis eine Summe angeblicher deutscher schwerer Kriegsvergehen darstellen soll. Die deutsche Öffentlichkeit und die der ganzen Welt weiß aber, daß auch auf der Gegenseite längst nicht alles Gold war, was glänzte, und schon die zahlreichen Urteile deutscher Gerichte über Schwerverbrecher unter den feindlichen Kriegsgefangenen sprechen in dieser Hinsicht eine deutliche Sprache. Man entsinn' sich ferner der furchtbaren Greuel, die die Russen in Ostpreußen bei ihren Einfällen begingen, und aus alledem erklärten sich die vielfachen Ruß, die in der Richtung einer Art Gegenliste immer und immer wieder trübten. Heute ist diese Frage nun aktuell geworden, und einmütiger und nachdrücklicher denn je müssen wir verlangen, daß die Reichsregierung über der Abwehr des feindlichen Frontalangriffes nicht die Gegenoffensive vergißt, die viel dazu beitragen kann, um die äußerste Zuspitzung zu vermeiden. In den deutschen Archiven befindet sich ein umfangreiches und erschütterndes Material, das unter keinen Umständen länger der Welt vorenthalten bleiben darf, wenn sie zu einem nachhaft objektiven Urteil gelangen soll. Die erwachte Gegenoffensive darf amwenigsten noch länger hinauszögert werden als wir jetzt beobachten können, daß die Entente, und allen voran wieder die Franzosen, sich am Ende (sah, um die Abrechnung im Aus-

Landes, die in der Auslieferungsfage angefaßt der unzweifelbaren verbindeten Nachstimmung unserer Gegner wandeln zu werden beginnt, von neuem zu festigen. Außerordentlich bezeichnend dafür ist z. B. die Haltung der Pariser Richterblätter der Schweizer Blätter, die sich in geradezu auffälliger Weise den typisch französischen Standpunkt zu eigen machen und die Seine proklamieren, daß Deutschland durch ein bedingungsloses Eingehen auf die Ententeorderung seine Neue befunden müsse und daß es nur nicht glauben solle, es werde um die Erfüllung des Ententebegehrens herumkommen. Im Gegenteil bestie eine deutliche Strömung in der Richtung einer Verschärfung anstatt einer milderen Revision der Friedensbedingungen. Man sieht also, es ist höchste Zeit, un-

einer neuen Brunnenvergiftung vorbeugen und wir nehmen daher auch an, daß die Reichsregierung keinen Augenblick zögern dürfte, den hier aufgestellten Weg mit allem Nachdruck zu beschreiten. Das ist ihre Pflicht gegenüber dem unglücklichen deutschen Volke und eine der wenigen Mittel zur wirklichen Gegenwehr, die uns überhaupt zur Verfügung stehen. Lassen wir keinen Augenblick versinken, um der Welt einwandfrei zu zeigen, wie berechtigt die ernstlichen Einwände waren, die von deutscher, von neutraler Seite rechtzeitig erhoben wurden und die in schroffer Verleumdung aller höheren Gerechtigkeit bis heute leider kein Gehör fanden. Wir wollen uns bis zum letzten Augenblick die Hoffnung nicht rauben lassen, daß auch hier schließlich die Wahrheit zum Siege gelangen werde.

Am Sonnabend in später Abendstunde überreichte in Berlin der französische Geschäftsträger dem Reichsfunkler die Auslieferungsliste mit der unterzeichneten Begleitsnote. Der Note war ein Brief an den Reichsfunkler beigelegt. Der Wortlaut der beiden Schreiben ist folgender:

Der Vorsitzende der Friedenskonferenz.
Paris, 3. Februar 1920.

Herr Präsident!

In Ausführung des § 9 des am 28. Juni 1919 unterzeichneten Protokolles beehre ich mich Ihnen anbei im Namen der alliierten Mächte ein Exemplar der von der britischen, französischen, italienischen, belgischen, polnischen, rumänischen und serbisch-kroatisch-slowenischen Regierung gemäß Artikel 228 Absatz 2 des Versailler Vertrages aufgestellten Listen zu überreichen. In die Ausstellung dieser Listen sind nicht alle die mit einbegriffen, welche sich der im Laufe des Krieges von deutschen Reichsangehörigen begangenen zahllosen Verbrechen schuldig gemacht haben. Die obenbezeichneten Regierungen haben geglaubt, schließlicherweise darin nur Personen aufzuführen zu sollen, welche anscheinend die schwerste Verantwortung trifft. Die so aufgeführte Zahl der Schuldigen bleibt weit zurück hinter derjenigen der von deutschen Staatsangehörigen in Verletzung der Befehle und Gebürde des streitigen begangenen Rechtsverbrüchen. Es liegt nicht in der Absicht der genannten Regierungen, die Verbrechen derjenigen an amnestieren, welche in die beigefügten Listen nicht mit einbegriffen sind. Vorliegende Mitteilung berührt in keiner Weise das Recht der Staaten, sie innerhalb ihres Gebietes zu verfolgen. Gemäß Artikel 228 des Friedensvertrages sind die auf den Beilagen aufgeführten Schuldigen, sei es dem Namen nach, sei es nach dem Grade der Amtsunabhängigkeit, oder Amtsverwendung, zu der sie von den deutschen Behörden herangezogen waren, bezeichnet. Die obenbezeichneten Regierungen behalten sich vor, von der deutschen Regierung, soweit dies im Artikel 230 des Vertrages vorgesehen ist, Urkunden und Auskünfte jeder Art zu verlangen, deren Beschaffung zur vollständigen Aufklärung der strafbaren Handlungen, zur Ermittlung der Schuldigen und zur genauen Abschätzung der Verantwortlichkeit für erforderlich erachtet werden sollte. Eine weitere Mitteilung wird sich in Verantwortung Ihres Schreibens Nr. 88 (gemeint ist die Note des Herrn von Berner in der Auslieferungsvertrage vom 25. Jan. d. J. d. Feb.) die Umstände wissen lassen, unter denen die alliierten Mächte die Bestimmungen des Friedensvertrages über diesen Punkt ausgeführt zu sehen wünschen. Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner Hochachtung.

An die Herren von Veröner, Vorsitzenden
der deutschen Kommission.

Der Vorsitzende der Friedenskonferenz.
Paris, 3. Februar 1920.

Herr Reichs-Kanzler!

In Ausführung der Artikel 228 bis 230 des Vertrages von Versailles und gemäß § 3 des Protokolls vom 28. Juni 1919 habe ich in meiner Eigenschaft als Präsident der Friedenskonferenz am 3. Februar Herrn von Bernser, Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation, im Namen der alliierten Mächte ein Exemplar der von der englischen, französischen, italienischen, belgischen, polnischen, rumänischen und serbisch-kroatisch-slownenischen Regierung aufgestellten Bittexzuge stellt. Diese Bitten waren von einem Briefe begleitet, welcher, es sei dies besonders bemerkt, festsetzte, daß nach Prüfung der in dem Briefe Nr. 88 des Vorliegenden der deutschen Delegation enthaltenen Erwägungen eine weitere Mitteilung die Bedingungen wissen lassen würde, unter welchen die alliierten Mächte die betreffenden Bestimmungen des Friedensvertrages erfüllt zu setzen wünschten. Herr von Bernser hat auf diese Mitteilung mit dem Briefe geantwortet, dessen Abschrift beiliegt. Die Mächte haben nicht daran gezweifelt, daß die Handlung Herrn von Bernser eine persönliche Kundgebung war, die seine die

deutsche Regierung keine Verantwortung trifft. Sie haben in der That nicht annehmen können, daß diese Regierung sich der Verpflichtung zu entziehen beabsichtigte, welche sie durch die Unterzeichnung des Vertrages von Versailles eingegangen ist, und daß sie nach weniger als einem Monat nach Inkrafttreten des Friedens sich vorläufig weigerte, eine wesentliche Bestimmung des Vertrages zu erfüllen. Ich habe also die Ehre, Euer Excellenz die Bitte, welche Herr von Berner in Gimpfang zu nehmen sich geäußert hat, überreichen zu lassen sowie den Brief, welcher ihr beigelegt war. Dieser Brief ist vom 3. Februar datirt. Die Mächte haben demnach die durch das Protokoll vom 28. Juni bestimmte Frist eingehalten. Genehigendes Ehe, Herr Reichskanzler, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung. (gez.) W. Millerand, Präsident der Friedenskongferenz.

Die Note enthält also nicht ausdrücklich das Auslieferungverlangen, ein Beweiz dafür, daß zwischen den Mitterten aber die Frage noch weiterverhandelt wird. Es wird sich in den nächsten Tagen zeigen, zu welchen Ergebnissen die zweifelloz bestehende Meinungsverschiedenheit zwischen London und Paris führen wird. Mitterand ist sofort nach London gefahren, um wieder eine öffentliche Front herzustellen. Gelingt das nicht, so stünde man vor einer schweren diplomatischen Niederlage Frankreichs. Die erwähnten Meinungsverschiedenheiten werden beschäftigt durch folgende Nachrichten aber

Dem Reuterschen Bureau wird aus Paris gemeldet: Als der Rat der Botschafter die Affäre der Schuldigen dem Minister nach Berlin sandte, gab er sich völlig der Erwartung hin, daß man in London dieser Aktion zustimme. Der britische Lordkanzler ist jedoch freitags früh aus England eingetroffen und hat dem Rat der Botschafter mitgeteilt, daß Lloyd George seinen Standpunkt geändert habe. Wie das Reutersbureau weiterhin meldet, kam der Rat der Botschafter, an dessen Sitzung auch der britische Lordkanzler und der Attorney General teilnahmen, zu der Ansicht, die Militärs müßten erst den nächsten Schritt der deutschen Regierung abwarten, bevor sie selbst etwas unternehmen. Der Pariser Korrespondent des Allgemeinen Handelsblat meldet, in Paris sei man durch die Frankenträgerung Lloyd Georges sehr unangenehm berührt, da Frankreich dadurch Deutschland gegenüber in das Odium einer schuldhaften Nation kommt. Die Stimmung in Paris ist dadurch keineswegs englandfremdblich. Die Reise Millerands nach London (die in einem Telegramm des Kaiser Anz. gemeldet wird), erhält dadurch ganz besondere Bedeutung. Man kann annehmen, daß die Haltung Lloyd Georges auch von Einfluß auf die Haltung der Militärs in der Frage der Auslieferung des Kaisers sein wird.

Der Botschafterrat handelte unentscheidbar dumme!

Sout Telegraph bringt das Organ Lloyd George's, Daily Chronicle, einen aufsehenerregenden Leitartikel zur Veröffentlichung. Es heißt darin u. a.: Man weiß nicht, ob die Bisse, deren Veröffentlichung in Berlin solche Sensation erregt hat, die echte ist oder nicht. Wir können jedoch mit einiger Autorität sagen, daß, wenn sie es ist, die britische Regierung diese Bisse nicht gebilligt hat. Es ist in jedem Falle eine zweideutige Bisse. Wenn ein Duplikat davon wirklich der deutschen Regierung überreicht wurde, dann ist es klar, daß der internationalisierte diplomatische Organismus, der seinen Sitz in Paris hat, von neuem eine unentschuldbare Dummheit begangen hat. Es ist vollkommen klar, daß von seiner Regierung oder Nation erwartet werden kann, daß sie kaltblütig 15 Monate nach dem Waffenstillstand Männer wie Stinburg ausliefert. — Auch in der übrigen englischen Presse findet die Veröffentlichung keine Zustimmung. Daily Express nennt die Bisse einen gewaltigen Mißgriff und weist auf die Folgen hin, welche ein Rücktritt der deutschen Regierung für die Alliierten haben würde.